



Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Förderung von Projekten gegen Antisemitismus in 2024

VO/2024/065	Beschlussvorlage öffentlich
öffentlich	Datum: 15.02.2024
<i>FD 3.4 Schul- und Kulturwesen</i>	Ansprechpartner/in: Flemming Mohr
	Bearbeiter/in: Stefan Engel

Datum	Gremium (Zuständigkeit)	Ö / N
04.03.2024	Ausschuss für Schule, Sport, Kultur und Bildung (Beratung)	Ö
18.03.2024	Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde (Entscheidung)	Ö

Begründung der Nichtöffentlichkeit

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Schule, Sport, Kultur und Bildung empfiehlt dem Kreistag, der Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Förderung von Projekten gegen Antisemitismus im Kreisgebiet zuzustimmen.
Der Kreistag stimmt der Förderrichtlinie zu.

Sachverhalt

Im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2024 wurde auf Empfehlung des Ausschusses für Schule, Sport, Kultur und Bildung am 18.12.2023 durch den Kreistag entschieden, dass für das Haushaltsjahr 2024 einmalig Mittel in Höhe von 25.000,-€ zur Förderung von Projekten gegen Antisemitismus bereitgestellt werden. Die Mittel sind im Teilhaushalt 281100 eingestellt.

Der Antrag der SPD sowie ein Niederschriftsauszug zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport, Kultur und Bildung vom 27.11.2023 sind jeweils als Anlagen beigefügt.

Damit einhergehend wurde die Verwaltung beauftragt eine entsprechende Förderrichtlinie zu erstellen. Diese wurde vorab mit Vertretern der politischen Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Holger Thiesen (parteilos) sowie dem Kulturbeauftragten und der Koordinierungsstelle Integration auf einem gemeinsamen Termin am 23. Januar 2024 erarbeitet und abgestimmt. Eingeladen waren alle Fraktionen.

Die Richtlinie soll am 04.03.2024 im Ausschuss für Schule, Sport, Kultur und Bildung beraten und anschließend durch den Kreistag am 18.03.2024 beschlossen werden.

Relevanz für den Klimaschutz

Entfällt

Finanzielle Auswirkungen

Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 Mittel in Höhe von 25.000,--€

Anlage/n:

1	Ausarbeitung Förderrichtlinie
2	Antrag der SPD für die Durchführung von Projekten zur Bekämpfung von Antisemitismus
3	2023-11-27 SSKB TOP 14.2.9 na



Kreis Rendsburg-Eckernförde

Der Landrat
Fachdienst Schul- und Kulturwesen

Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Förderung von Projekten gegen Antisemitismus in 2024

Präambel

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde verfolgt das Ziel der politischen Bildung der Menschen im Kreisgebiet sowie die Förderung kultureller Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung.

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde akzeptiert keinerlei Form von antisemitischem Verhalten in seinem Zuständigkeitsbereich und unterstützt Maßnahmen gegen Antisemitismus. Für ein tieferes, gegenseitiges Verständnis ist die Begegnung von jüdischen und nichtjüdischen Menschen anzustreben.

§ 1 Förderziel und Zwecksetzung

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde gewährt Zuschüsse zur Förderung von Projekten gegen Antisemitismus nach Maßgabe dieser Richtlinie.

Es wird das Ziel verfolgt, Antisemitismus im Kreis Rendsburg-Eckernförde zu bekämpfen, um das friedliche, gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Zusammenleben in der Region zu ermöglichen und zu fördern. Der flächendeckende und gesellschaftlich breitgefächerte Zugang zu den Projekten sowie eine niederschwellige Projektabwicklung soll sichergestellt werden.

§ 2 Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung sind Maßnahmen zum gegenseitigen Verständnis, beispielsweise durch

- a. Initiierung eines interreligiösen Dialogs
- b. Informationsvermittlungen zur Geschichte des Judentums und dem jüdischen Leben in Deutschland, insbesondere in unserem Kreisgebiet
- c. Vermittlung von Fähigkeiten zum Erkennen von Antisemitismus
- d. Stärkung der Selbstwirksamkeit im Handeln gegen Antisemitismus
- e. Besuche jüdischer Einrichtungen und Gedenkstätten

Die Projekte sollen für möglichst unterschiedliche Zielgruppen zugänglich sein. Gefördert werden Projekte mit einer Fördersumme von jeweils höchstens 5.000 Euro.

§ 3 Zuwendungsempfänger

Antragsberechtigt und Zuwendungsempfänger sind kreisangehörige Vereine, Verbände, Gemeinden und Ämter, Schulen, gemeinnützige Gesellschaften, religiöse Einrichtungen, Kulturinstitutionen, Familienzentren, Jugendorganisationen und weitere Bildungseinrichtungen.

§ 4 Zuwendungsvoraussetzungen

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde entscheidet im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach pflichtgemäßem Ermessen über eine Förderung.

Die Antragstellerin/der Antragsteller verpflichtet sich, die im Projekt Beschäftigten mindestens nach dem Landesmindestlohngesetz zu vergüten. Ausnahmen bilden Projekte/Maßnahmen, welche vollständig ehrenamtlich zu realisieren sind.

Der Personal- und Verwaltungsaufwand sollte höchstens 10% des Gesamtaufwandes betragen. Davon sind Honorare und Aufwandsentschädigungen ausgenommen.

Die Gesamtfinanzierung muss sichergestellt sein. Die Projekte sind unter Berücksichtigung der Prinzipien von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit durchzuführen.

Institutionelle Antragsteller beteiligen sich mit einem Eigenanteil von 20% an den Gesamtkosten.

Investive Maßnahmen sind nicht zulässig.

§ 5 Umfang und Höhe der Zuwendung

Der Kreis Rendsburg-Eckernförde stellt einmalig für das Haushaltsjahr 2024 Finanzmittel in Höhe von 25.000,--€ zur Erzielung des Förderzwecks dieser Richtlinie zur Verfügung.

Diese Förderung ist eine freiwillige Leistung des Kreises, auf die kein Rechtsanspruch besteht. Bestehende Regelangebote werden nicht gefördert.

Die Vergabe erfolgt durch den Fachdienst Schul- und Kulturwesen für ein Antragsvolumen bis zu einer Höhe von 1.000 €. Darüber hinaus entscheidet der Ausschuss für Schule, Sport, Kultur und Bildung.

§ 6 Verfahren

- (1) Bewilligungsbehörde ist der Kreis Rendsburg-Eckernförde.
- (2) Es ist ein schriftlicher, formloser Antrag beim Fachdienst Schul- und Kulturwesen einzureichen. Der Antrag zur Förderung muss bis spätestens zum 30.11.24 beim Kreis Rendsburg-Eckernförde eingehen.
Der Antrag soll Ziel, Inhalt und Methoden des Projektes beschreiben. Das Förderziel gemäß § 1 dieser Richtlinie muss klar erkennbar sein. (wann, wo, wer, was, Höhe der beantragten Fördersumme).
Es sind folgende Unterlagen einzureichen:
formloser Antrag, kurze Selbstdarstellung des Antragstellers, einfacher Kosten- und Finanzierungsplan.
Die Anträge werden nach Posteingangsstempel bearbeitet und beschieden.
- (3) Ein rückwirkender Maßnahmenbeginn ist ab dem 01.01.24 ist möglich. Die Maßnahme muss jedoch spätestens bis zum 15.12.2024 begonnen werden.
Die Maßnahme muss zwölf Monate nach Maßnahmenbeginn, spätestens aber bis zum 29.09.2025 abgeschlossen sein.

- (4) Gegenüber dem Kreis Rendsburg-Eckernförde ist spätestens drei Monate nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes ein vereinfachter Verwendungsnachweis vorzulegen, mit dem die sachgemäße und zweckentsprechende Verwendung der Mittel sowie die rechnerische Richtigkeit festgestellt werden kann. Hierfür ist der bereitgestellte Vordruck zu verwenden.
Der Verwendungsnachweis muss spätestens bis zum 31.12.25 eingegangen sein.
- (5) Der Kreis Rendsburg-Eckernförde behält sich vor, bei nicht sachgemäßer und zweckentsprechender Verwendung sowie bei nicht oder nach Aufforderung nicht vollständigem Einreichen des Verwendungsnachweises die Mittel zurückzufordern.

§ 7 Bekanntmachung und Inkrafttreten

Gemäß §16 Abs. 1 der Hauptsatzung des Kreises Rendsburg-Eckernförde erfolgt eine Veröffentlichung der Richtlinie auf der Homepage des Kreises. Gezielt informiert werden die Netzwerke aus der Verwaltung, wie Schulen, Netzwerke der Koordinationsstelle für Integration und Teilhabe des Kreises Rendsburg-Eckernförde, Familienzentren, Netzwerk der Kulturstiftung.

Diese Richtlinie tritt zum 19. März 2024 in Kraft.



Sozialdemokratische Partei Deutschland
Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde

Tatjana Larsen
Jugendpolitische Sprecherin

Antrag zum Haushalt 2024 für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.11.2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

für die Haushaltsberatungen des Jugendhilfeausschusses beantragt die SPD Fraktion Mittel in Höhe von 75.000,-€ für die Durchführung von Projekten zur Bekämpfung von Antisemitismus.

Begründung:

Nicht erst durch die schrecklichen Ereignisse der vergangenen Wochen in Israel und dem Gaza-Streifen haben sich antisemitische Vorfälle vermehrt. Zukünftig wird leider mit einer Steigerung dieser zu rechnen sein. Daher sehen wir es als dringend geboten an, jugendgerechte Angebote zur Auseinandersetzung mit diesem Thema zu fördern. Ziel ist es, bei Jugendlichen, egal welcher Herkunft, die Erkennung und Bekämpfung von antisemitischen Ressentiments zu stärken.

Partner für diese Projektarbeit könnten das jüdische Museum, aber auch Wüstenblumen e.V. oder andere Vereine, die interkulturell arbeiteten, sein. Die Projekte können dann über Schulen und Jugendverbände angeboten werden.

Mit freundlichem Gruß

Tatjana Larsen



Beschlussauszug

aus der
Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport, Kultur und Bildung
vom 27.11.2023

Top 14.2.9 Haushalt 2024: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Mittel für die Durchführung von Projekten zur Bekämpfung von Antisemitismus

Beschluss:

Der SSKB empfiehlt dem Kreistag, 25.000€ für Projekte gegen Antisemitismus in den Haushalt 2024 einzustellen. Über die Vergabe der Mittel entscheidet der SSKB auf Antrag. Für die Entscheidungsfindung gibt sich der Ausschuss konkrete Leitlinien zur Vergabe der Mittel.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17	0	1